

## Interpellation Nr. 114 (November 2022)

22.5463.01

betreffend Unterstützungsmassnahmen wegen steigender Energiekosten und drohendem Kaufkraftverlust

Die dramatisch steigenden Energiepreise stellen Menschen mit tiefen Einkommen vor riesige Herausforderungen. Der Markt treibt die Energiepreise in untragbare Höhen. Die Preise sind weit weg von irgendwelchen realistischen Gestehungskosten und vertretbaren Margen.

Die ausserordentliche Situation bringt jene in existenzielle Bedrängnis, die sowieso schon wenig Mittel zur Verfügung haben. Es zeichnet sich eine Krise ab, die weitere Menschen in die Armut treiben kann. Dies gilt es zu verhindern - und dazu braucht es staatliche Eingriffe.

Die Schaffung neuer, komplexer Gefässe und Instrumente ist angesichts der unmittelbar drohenden existenziellen Not kein zielführender Weg. Es scheint jedoch dringend angebracht, bestehende Gefässe sofort entsprechend auszubauen oder zu nutzen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie können bestehende Sozialleistungen ausgebaut werden, um Personen, die am Existenzminimum leben, gezielt und rasch in dieser Krise zu unterstützen? Wie steht der Regierungsrat zu folgenden konkreten möglichen Massnahmen?
  - a. Mietzinsbeiträge auf einen grösseren Kreis von Bezüger:innen ausweiten und erhöhen?
  - b. Prämienverbilligungen erhöhen?
  - c. Grundbedarf Sozialhilfe erhöhen?
  - d. Mietzinsgrenzwert erhöhen?
  - e. Familienzulagen erhöhen?
  - f. Tagesbetreuungsbeiträge erhöhen?
  - g. Ausbildungsbeiträge und Stipendien erhöhen?
2. zu 1. b: Ist es denkbar, die Prämienverbilligungen neu überproportional statt wie bisher proportional zu den steigenden Krankenkassenprämien zu erhöhen?
3. Ein bekanntes Hindernis zur Linderung finanzieller Not ist die Tatsache, dass viele Berechtigte die ihnen zustehenden Sozialleistungen aus Angst vor einer Stigmatisierung nicht beziehen. Welche Massnahmen werden ergriffen, damit der Nichtbezug von bestehenden Sozialleistungen gesenkt wird?
4. Die viel höheren Energiepreise erschweren auch die Mobilität von Menschen mit wenig Geld. Kann eine sehr rasche Umsetzung des hängigen Vorstosses 22.5222 ("Basel-Soli-Ticket"; <https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/2001111758>) zum Sicherstellen der Mobilität und zur Entlastung der Betroffenen beitragen?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass für Anpassungen bei den Sozialbeiträgen 10% Einkommenseinbusse reichen (anstatt wie bisher 20%), um zielgerichtet und rasch Menschen zu entlasten, die in prekäre Situationen geraten?
6. Was plant der Regierungsrat zusätzlich, um die Kaufkraft zu stärken?

Daniel Sägesser